

Konferenz Umweltallianz am 06. Juni 2003 in Rahmen der IGA 2003 und der damit verbundenen Präsentation des Landes „Forschung, Technologie und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern“

**Thema:
„Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern“**

Wolfgang Hering, Präsident der IHK Rostock

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren,

während einer Diskussionsrunde vor einigen Wochen zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“, in der zunächst voran gestellt wurde, dass die verschiedenen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belange im Zusammenhang gesehen und in „Harmonie“ entwickelt werden müssen, wurde wieder einmal die Frage in den Raum gestellt, wer in dieser Dreieinigkeit, denn das wichtigste Element sei. Solche Fragestellung beendet einen fruchtbaren Gedankenaustausch für gewöhnlich. Zum Ende meines Vortrages möchte ich darauf gern noch einmal zurück kommen

Dieses Beispiel habe ich erwähnt, weil wir mit der Unterzeichnung der Umweltallianz Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 solche Diskussionen beendet hatten. Die Beteiligten haben sich dazu bekannt (ich zitiere), „...die Gleichrangigkeit umweltpolitischer und wirtschaftspolitischer Ziele...“ anzuerkennen. Umwelt- und Wirtschaftsministerium sowie die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und die Vereinigung der Unternehmensverbände des Landes wurden sich darin einig, dass gemeinsam im Sinne einer nachhaltigen und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung gewirkt werden muss. Diese Orientierung wurde übrigens nicht aus dem Schwerpunkt einer touristischen Entwicklung hergeleitet, sondern als grundsätzlicher Anspruch formuliert.

Sowohl die Seite der Politik als auch die der Wirtschaft haben sich mit der Unterzeichnung der Umweltallianz verpflichtet, in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die Bedingungen für die gewünschte nachhaltige Entwicklung positiv zu beeinflussen. Die Vereinbarung spricht Unternehmen und Einrichtungen an, sich in diesem Sinne zu engagieren. Unternehmen, die sich als Teilnehmer der Umweltallianz führen lassen wollen, müssen ihre umweltverträgliche Arbeitsweise dokumentieren, indem sie eine Zertifizierung nach Verordnung (EG) Nr. 761/2001 (genannt Öko-Audit) oder nach internationaler Norm DIN ISO 14001 vorlegen. Auch weitere Zertifikate oder entsprechende unternehmerische Leistungen können als Teilnahmevoraussetzung anerkannt werden. Der Beirat der Umweltallianz wacht über die Einhaltung der Vereinbarung und eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Unterzeichner der Allianz wurde eingesetzt, um konkrete Schritte zur Erreichung der gesetzten Ziele zu erarbeiten. Es wurde somit ein Konstrukt geschaffen, welches Ressortdenken überwinden und ein effektives Wirken für eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen kann.

Aus meiner Sicht der teilnehmenden Wirtschaft möchte ich die Gelegenheit nutzen, eine kleine Zwischenbilanz zu ziehen, so schwer das in dieser historisch kurzen Zeit auch sein mag:

Die Gremien der Umweltallianz wurden installiert und arbeiten. Mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit wird über das Anliegen der Umweltallianz aufgeklärt und für eine Teilnahme geworben.

Der erwartete Ansturm der Unternehmen auf die Umweltallianz blieb aber leider aus. Nicht einmal die Unternehmen, die unmittelbar durch die Vorlage ihrer gültigen Zertifikate zu einer Teilnahme berechtigt wären, haben hiervon umfänglich Gebrauch gemacht. Auch solche Firmen, die einen direkten Bezug zu ihrem Geschäftsfeld herstellen könnten (wie aus der

Umwelttechnik oder der Nutzung erneuerbarer Energien) haben diese Initiative nicht aufgegriffen.

Woran kann es liegen, dass das gegebene Signal so wenig Resonanz findet?

Die IHK verfügt bezüglich der Zertifikate und der damit einhergehenden Umweltberatung über einige nützliche Erfahrungen.

Anfang der 90er Jahre hat die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, das es kleinen und mittleren Unternehmen aus den neuen Bundesländern erlaubte, mit sehr geringem finanziellen Aufwand einen Umwelt-Check der Firmen durchzuführen. Die Umweltberater der IHK's haben die Abwicklung dieses Programms begleitet und dabei die erstellten Berichte studieren können.

Die meisten Firmen haben sich damals dieser Beratung unterzogen, weil sie sich in einer Altlastenproblematik vergewissern wollten oder weil sie Berichtspflichten gegenüber standen, die sie überforderten. Nur wenige haben die Chance genutzt, auf diesem Wege preisgünstig zu mehr Rechtssicherheit im breit gefächerten Umweltrecht zu kommen.

Als Gründe dafür konnte man damals erkennen:

- die Tagesaufgaben ließen keine Zeit für vorausschauende Analysen und
- die Informations- bzw. Problemflut verhinderte die Befassung mit dem Thema.

Einen ähnlichen Überblick konnten die Umweltberater der IHK's später durch das Studium von Umwelterklärungen erhalten, die entsprechend der Öko-Audit-VO erarbeitet wurden. Hier haben die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern den hoheitlichen Auftrag, das Europäische Register der teilnehmenden Organisationen zu führen. Eine veränderte Sicht der Unternehmen zeigen auch durchgeführte Befragungen.

Warum befassen sich denn heute die Firmen mit „umweltgerechtem“ Wirtschaften und damit verbundenen Zertifizierungen?

Die meist genannten Gründe lassen sich in folgende 3 Blöcke fassen:

1. Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und der Betriebsorganisation
2. Verbesserung der Wettbewerbs- und Marktchancen
3. Kostenreduzierungen

Zu 1. Die Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes und der Betriebsorganisation

Die Unternehmen legen Wert darauf, die umweltrechtlichen Anforderungen in ihren betrieblichen Prozessen umzusetzen. Das schützt vor nichtkalkulierten Überraschungen durch behördliche Auflagen oder Bußgelder, erhöht die Betriebssicherheit und ermöglicht eine effektivere Betriebsorganisation. Hinzu kommt, dass viele Firmen auch ein Qualitätsmanagement haben und diese Systeme miteinander optimiert werden können.

Zu 2. Verbesserte Wettbewerbs- und Marktchancen

Umweltschutz im Unternehmen ist ein gutes Verkaufsargument und für einige Branchen sehr imagefördernd. Für die Unternehmen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern am Öko-Audit in der Mehrheit beteiligen (sie kommen aus dem Ernährungsgewerbe, dem Gastgewerbe und der Entsorgungswirtschaft) ist der Imagegewinn sicher eine besondere Motivation. In anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungen sind Argumente der Zuverlässigkeit in den Geschäftsbeziehungen, dokumentiert durch entsprechende Zertifikate, ein spürbarer Wettbewerbsvorteil.

Zu 3. Kosteneinsparungen

Die Analyse des Unternehmens unter Umweltgesichtspunkten hat auch die Ressourcenersparnis im Blick und lässt auf entsprechende Effekte hoffen. Erreicht wurden Einsparungen vor allem im Energie-, Abfall- und Wasserbereich. Dieser Grund steht

allerdings auch zu Recht an Platz 3, da die beiden Erstgenannten aus Unternehmersicht deutlich überwiegen.

Außerdem wird von den Firmen die Erwartung geäußert, das Verhältnis zwischen Unternehmen und Umweltbehörde zu verbessern.

Die Analyse zeigt, dass unabhängig von der konjunkturellen Lage und der fehlenden Stabilität vieler Unternehmen, die Fähigkeit und der Wille zu vorausschauender Unternehmensentwicklung offensichtlich gewachsen ist!
Dieses Bestreben will die Umweltallianz als Allianz zwischen Wirtschaft und Verwaltung unterstützen.

Dies ist aber offensichtlich bislang für die Unternehmen zu wenig hör- und fühlbar.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir bedingt durch unsere Wirtschaftsstruktur vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen ansprechen. Auch beim Öko-Audit haben wir die besondere Situation im Land, dass die Mehrheit der teilnehmenden Firmen weniger als 50 Mitarbeiter beschäftigen. Diese Firmengröße ist auch die Zielgruppe der Umweltallianz!

Die Unternehmen werden daher nicht vornehmlich aus Imagegründen teilnehmen, sondern

- weil es die eigene Firmenphilosophie unterstützt,
- weil sie damit ein Podium gefunden haben, wo ihre Probleme Gehör finden,
- weil sie dadurch öffentliche Anerkennung erfahren,
- weil sie etwas gegen die schwarzen Schafe der Branche unternehmen wollen (speziell Umweltschutzfirmen), oder
- weil sie eine gute Gesprächsbasis mit Behörden erhalten.....

Sicher sind auch noch weitere Gründe denkbar.

Dass diese Unternehmen durch einen Beitritt zur Umweltallianz einen direkten Nutzen verspüren wollen, ist nachvollziehbar und vernünftig.

Dies muss die Arbeit der Umweltallianz reflektieren und durch eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit dokumentieren. Wir müssen feststellen, dass wir dafür tatsächlich eine gewisse Reifezeit benötigen.

Im Rahmen der Partnerschaft wurden nun Handlungsschwerpunkte erarbeitet, die den Nerv der Unternehmen treffen. Dabei geht es

- um finanzielle Anreize,
- um Bürokratieabbau,
- um mögliche Wettbewerbsvorteile sowie
- um Hilfen bei der Nutzung von Managementsystemen für kleine Unternehmen.

Diese Handlungsfelder sind durch konkrete Maßnahmen zu untersetzen, die umweltgerechtes Wirtschaften unterstützen.

Einer besondere Initiative der teilnehmenden Unternehmen ist es zu verdanken, dass etwas für die regelmäßige Kommunikation zwischen Firmen und Behörden unternommen wird.

Dies wird dadurch erreicht, dass in einer Art Veranstaltungsreihe umweltrechtliche Fragen bei Unternehmen der Region diskutiert werden, verbunden mit Betriebsbesichtigungen und Erfahrungsaustauschen.

Was sich so normal anhört, ist tatsächlich etwas Neues, was es so noch nicht gibt. Im Ergebnis sollen auftretende „Sprachstörungen“ überwunden und gegenseitiges Verstehen befördert werden.

Der Auftakt dazu wird im August in der Nordzucker AG in Güstrow stattfinden. Im Mittelpunkt wird die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU stehen.

Solche Initiativen bringen das Anliegen der Umweltallianz voran und können entsprechend öffentlichkeitswirksam publiziert werden.

Nicht nur in konkret unternehmensbezogenem Interesse legt die IHK Rostock viel Wert auf eine gute Partnerschaft, sondern auch bei der Diskussion sich verändernder Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung, die aus dem Umweltrecht resultieren. Solche Dinge müssen natürlich auch mit der Wirtschaft besprochen werden. Im Rahmen der Umweltallianz kann man dies gut erreichen.

Ich möchte nun auf meine Eingangsbemerkungen zurück kommen.

Ähnlich der vorn angesprochenen fruchtlosen Diskussion - wie die um die Erstgeburt von Huhn oder Ei - erscheint mir die jetzige Diskussion um die Ausweisung weiterer FFH-Gebiete (Schutzgebiete nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU) in Mecklenburg-Vorpommern:

- Man kann sich auf den Standpunkt stellen, die gesamte Diskussion sei müßig, weil ausschließlich Naturschutzbelange eine Rolle spielen
- oder man kann fordern, dass der wirtschaftlichen Entwicklung keinerlei Restriktionen gesetzt werden dürfen.

Ich denke, mit keiner dieser Argumentationen kommen wir weiter.

- Schlecht ist, dass Festlegungen getroffen werden sollen, über deren Konsequenzen weitgehend Unklarheit herrscht.
- Schlecht ist, dass diese Diskussion häufig ohne viel Substanz in den Medien geführt wird.
- Schlecht ist aber vor allem, dass dieses Thema noch nicht im Rahmen der Umweltallianz auf der Tagesordnung stand.

Die über die Medien geführte Diskussion zeigt deutlich, dass die Akteure zu wenig miteinander gesprochen haben bzw. sprechen. Gerade das ist es aber, was die Umweltallianz leisten sollte.

Wir haben es bei der Ausweisung von Schutzgebieten gewiss auch mit einem wirtschaftsrelevanten Thema tun. Wenn die Partnerschaft „Umweltallianz“ sich nicht auch dieser Aufgabe widmet, würde sie ein wichtiges Thema ausgrenzen. Das täte ihr nicht gut.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beiträge und die Diskussion.